

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #50 Mitte März 2017



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Es ist nicht mehr zu leugnen: Wir nähern uns dem Ende der Legislaturperiode und damit dem Wahlkampf. Vor allem in Nordrhein-Westfalen ist das bereits deutlich spürbar. Und eines ist klar: Es wird spannend! Der momentane Schulz-Effekt bei der SPD sollte uns dabei nicht schrecken, im Gegenteil: Wir merken nun, dass wir inhaltlich gut aufgestellt sind. Denn wie der Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder, am vergangenen Freitag in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ so schön sagte: „Bislang liefert er (der SPD-Kandidat) bestenfalls Überschriften. Er fürchtet sich offenbar davor, konkret zu werden. Ein Kandidat aber kann nicht nur Überschriften liefern. Auf den Text kommt es an.“

Dass wir von der CDU „den Text drauf haben“, haben wir an vielen Stellen bewiesen. Ich selbst habe gerade in der vergangenen Woche erlebt, dass meine Arbeit an zahlreichen Orten Früchte trägt (ein kleiner Überblick dazu im **Nahblick**). Selbstverständlich gibt es auch bei uns noch etliches zu tun und die Frage, wie wir die Wähler in der Großstadt von der CDU überzeugen können, beschäftigt uns nicht nur im **Seitenblick** dieser Ausgabe der Berliner Einblicke. (Auch Sie sind herzlich zu dem dort erwähnten Termin in Köln eingeladen!) Nicht schaden kann es jedenfalls, wenn sich der Einsatz von CDU-Politikern für die Bürger vor Ort lohnt wie im Falle der Postfiliale in Braunsfeld, für die es eine gute Nachricht zu verbreiten gibt.

Im **Rundblick** liefern wir Ihnen wie üblich den Pressespiegel der vergangenen Wochen – unter anderem einen exklusiven Bericht des „Handelsblatts“ über mein Positionspapier zum Umgang mit Exzessen bei der Managervergütung. Mein ganz besonderer **Augenblick** dieser Tage fand im Karneval statt – wo sonst?!

Ich hoffe, dass Sie die jecken Tage gut überstanden haben und wünsche Ihnen nun viel Spaß beim Lesen.

Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



Und plötzlich klappt es doch!

Woran erkennt man Erfolg? Für den Agierenden selbst ist das wohl manchmal am Schwierigsten. Denn während der vielen kleinteiligen, oft mühevollen Gespräche verliert man von Zeit zu Zeit den Blick dafür, welche der eigenen Ideen denn nun eingeflossen sind in das große Ganze und welche nicht. Doch nun, gegen Ende der Wahlperiode, wird es plötzlich an vielen Stellen sichtbar: Heribert Hirtes Anregungen der vergangenen dreieinhalb Jahre wurden gehört. Und damit wird klar: Es klappt doch!

Ein gutes Beispiel für einen solchen späten Erfolg sind die Vorschläge zum **Kindergeld für EU-Ausländer**. Schon im Mai 2014, also nur wenige Monate nach der Regierungsbildung, machte der CDU-Politiker mit seinen Bundestagskollegen Bernd Fabritius, Matern von Marschall, Martin Pätzold [den Vorschlag](#), die Höhe des deutschen Kindergeldes an den tatsächlichen Wohnort der Kinder anzupassen. Nun hat eben dieser Vorschlag Eingang gefunden in einen neuen [Gesetzentwurf](#), auf den sich das Bundesfinanz- und das Wirtschaftsministerium geeinigt haben. (Hier einer der vielen Berichte dazu, diesmal aus der Zeitung [„Die Welt“](#))

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble rechnet dadurch mit Einsparungen in Höhe von 159 Millionen Euro, schließlich geht es um mehr als 180.000 Fälle, in denen ausländische EU-Bürger Kindergeld vom deutschen Staat erhalten haben. Dabei betont Hirte nach wie vor: Es geht bei den Änderungen ausdrücklich nicht darum, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, also zum Beispiel Saisonarbeiter aus Polen, Rumänien oder Bulgarien zu diskriminieren, sondern darum, die vorhandenen Mittel gerecht zu verteilen. Kindergeld ist dazu da, die Kosten für die Bedürfnisse des Kindes zu decken! Und diese Kosten sind eben verschieden hoch, je nachdem, ob das Kind in Deutschland oder in Rumänien lebt.

Ein anderer Vorschlag von Heribert Hirte lag etwas mehr als ein Jahr „auf Eis“, bevor er vor Kurzem aufgetaut und in einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums gegossen wurde, den das Kabinett bereits gebilligt hat: die Forderung, **Handys von Flüchtlingen auszulesen**, um ihre Identität zu überprüfen. Eine Forderung, die zusammen mit dem CSU-Politiker Alexander Hoffmann im Dezember 2015 entstanden war ([hier der Link zu der damaligen Pressemitteilung](#)). Nun schreibt sogar die linke „[tageszeitung](#)“: „Ist doch nur legitim.“ Heribert Hirte selbst hofft, dass die Handy-Durchsuchung nicht in der Ressortabstimmung blockiert wird – und zwar vonseiten des Justizministeriums. Gegenüber der Zeitung „[Die Welt](#)“ erläutert er: „Neuregelungen im Bereich der Inneren Sicherheit wurden aus diesem Hause in der Vergangenheit immer erst dann akzeptiert, wenn der Druck der Ereignisse keine andere Wahl mehr ließ.“ Viele Flüchtlinge ohne Pässe aber hätten ein Mobiltelefon, aus dem sich wichtige Schlüsse über die Identität ziehen lassen. Dazu müsse man die technischen Möglichkeiten ausnutzen, so die alte, noch immer gültige Forderung des Rechtspolitikers.



Schwenken wir um von allgemein drängenden politischen Fragen auf die Fachthemen von Heribert Hirte. Eines der Gesetzesvorhaben, die er im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz betreut, ist das zur Umsetzung der sogenannten **CSR-Richtlinie (Corporate-Social-Responsibility-Richtlinie)**. Demnach müssen große Unternehmen künftig jährlich über Nachhaltigkeitsaspekte ihrer Geschäftstätigkeit berichten. Dank der Union verabschiedete der Bundestag in der Nacht von Donnerstag auf Freitag einen Gesetzentwurf, der

Firmen nicht mit unnötiger Bürokratie überfrachtet, Investoren und der Allgemeinheit aber einen umfassenderen Einblick erlaubt. Was unter Federführung des Rechtspolitikers Hirte außerdem in den Gesetzestext geschrieben werden konnte, lesen Sie in [dieser Pressemitteilung](#).

Wie lange an einer Neuregelung zur „Insolvenzanfechtung“ gefeilt wurde, haben wir Ihnen im letzten Newsletter bereits erzählt. Damals, vor gerade einmal ein paar Wochen, stand aber noch in den Sternen, ob der Bundesrat und damit die Landesregierungen auch zustimmen. Das haben sie gerade eben an diesem Freitag getan! Ein Umstand, den Heribert Hirte als zuständiger Berichterstatter im Rechtsausschuss öffentlich begrüßt. In seiner [Erklärung dazu](#) betont er die Punkte in dem Gesetz, die von der Union durchgesetzt werden konnten. Dazu gehört zum Beispiel, dass ein Teil der neuen Regelungen auch schon für bereits eröffnete Verfahren gilt und damit die positiven Auswirkungen für Betroffene sofort spürbar sind, oder, dass man Privilegien für den Fiskus und andere öffentlich-rechtliche Gläubiger erfolgreich verhindert habe.

Nun können die für viele Unternehmen wichtigen Regelungen endlich in Kraft treten. Da gerade auch mittelständische Unternehmen von der Thematik betroffen sind, freut es Heribert Hirte besonders, dass die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, kurz MIT, zufrieden ist mit seiner Arbeit, wie es aus [dieser Pressemitteilung](#) herauszulesen ist.

Um die Pleite von ganzen Unternehmensgruppen geht es beim Gesetzentwurf zur leichteren Abwicklung von komplizierten Konzerninsolvenzen. Auch dieses Unterfangen befindet sich auf der Zielgeraden und wurde diese Woche in zweiter und dritter Lesung vom Bundestag beraten. Ganz zufrieden damit ist der Experte Hirte nicht mit dem Text, der bereits in der letzten Wahlperiode und damit unter der letzten Regierung angestoßen worden war. Seine Kritik: Bei der Novellierung werde das Steuerrecht außen vor gelassen und auch nicht die Finanzgerichte (im Gegensatz zu den Insolvenzgerichten) zentralisiert. Gerade im Steuerrecht gebe es aber im Schnittbereich zum Insolvenzrecht reihenweise Unklarheiten, die wie Blei auf dem Erfolg einer Sanierung lasteten. Im Grundsatz ist das Gesetz aber gelungen. Gibt es doch „überlebensfähigen Unternehmen endlich eine echte Chance auf Sanierung und Erhaltung von Arbeitsplätzen“, schreibt der Insolvenzrechtsexperte in [seiner Pressemitteilung](#).

Die Aufforderung, das Steuerrecht zu erneuern wird sich vermutlich erst die kommende Bundesregierung zu Herzen nehmen können. Es bliebe also für den Fall einer Wiederwahl genug zu tun!

SEITENBLICK

Kurz informiert



Neues zum Postamt in Braunsfeld



Wie geht es weiter mit der Postfiliale auf der Aachener Straße in Braunsfeld? Diese Frage können wir Ihnen nun – wenn auch nicht in allen Einzelheiten – beantworten: Wie Heribert Hirte vor wenigen Tagen erfahren hat, hat sich die Deutsche Post mit einem Einzelhändler geeinigt, der ganz in der Nähe eine Postfiliale betreiben wird. Es geht also nach der Schließung der Postbank auf der Aachener Straße Ende Mai nahtlos weiter. Weitere Einzelheiten erfahren Sie sicher bald durch eine Pressemitteilung von Heribert Hirte oder dann aus den Medien selbst.

Heribert Hirte und [Marliese Berthmann](#) im Gespräch mit Vertretern der Deutschen Post AG – jetzt ist eine Lösung für die demnächst schließende Postbank-Filiale in [#Köln](#)-Braunsfeld gefunden

In der letzten Veröffentlichung zu dem Thema forderten die Ortsverbandsvorsitzende Marliese Berthmann und der Bundestagsabgeordnete zwar eine Post-eigene Filiale (hier der [Bericht des Kölner Stadt-Anzeigers](#)), doch letztendlich kommt es darauf an, dass überhaupt eine gute (und hoffentlich!) dauerhafte Lösung gefunden wird. Die beiden CDU-Politiker jedenfalls sind weiterhin im Austausch mit den Betroffenen wie der Interessensgemeinschaft Braunsfeld und vor allem mit der Deutschen Post, um mehr Einzelheiten zu erfahren.

Einladung Diskussion „Natürlich kann die CDU auch Großstadt!“

Was muss die CDU tun, um bei Wahlen in den Städten erfolgreicher zu werden? Darüber spricht Heribert Hirte am Samstag, den 18. März, mit dem Bundesvorsitzenden der LSU, Alexander Vogt – und zwar in einer öffentlichen Diskussionsrunde mit dem Titel: „Natürlich kann die CDU auch Großstadt!“ am Samstag, den 18. März 2017, von 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr. Ort: Bürgerbüro von Heribert Hirte, Aachener Straße 227, 50931 Köln.

Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit. Ihre Anregungen und Ideen sind herzlich willkommen! Zur besseren Organisation wird um Anmeldung gebeten per E-Mail unter heribert.hirte@bundestag.de oder unter der Telefonnummer: 030/227-77830.

Wie umgehen mit der Türkei Erdogans?



Es ist in vielerlei Hinsicht ein Spagat, das ist nicht zu leugnen. Mit Blick auf die Veranstaltungen von türkischen Politikern in Deutschland müssen wir das hohe Gut der Versammlungs- und Meinungsfreiheit schützen. Auftritte einfach zu verbieten hält Heribert Hirte deshalb für den falschen Weg – ganz unabhängig von der Frage, ob dies rechtlich überhaupt machbar wäre. Gleichzeitig wollen wir aber keinen Wahlkampf für eine Verfassungsreform in der Türkei, die dort die Grundrechte gefährdet! Der gemein-

same Aufruf der Kölner Landtags-Kandidaten ist deshalb im Grunde richtig. Nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ verbietet das türkische Recht aber wohl ohnehin explizit Wahlkampf im Ausland. Daraus ergeben sich eventuell weitere Handlungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus kann jeder von uns etwas tun: mit Überzeugung eintreten für unsere Werte, unseren Rechtsstaat, unsere Demokratie. Heribert Hirte etwa hat einen Brief an den türkischen Botschafter mitunterzeichnet, in dem die Freilassung des Journalisten Deniz Yücel gefordert wird. Darin heißt es: „Mit Pressefreiheit hat die Türkei derzeit so viel zu tun wie ein Döner mit Ducasse. Die Vorwürfe gegen ihn (Yücel) entstammen dem Wörterbuch einer Diktatur: ‚Propaganda für eine terroristische Vereinigung und Aufwiegelung der Bevölkerung‘. Yücels wahrliche Fehlthat: Er hatte frei und freizügig über E-Mails des Energieministers berichtet, des Schwiegersohns von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan.“



Deckel oder nicht, das ist hier die Frage. Es geht um die Gehälter für Manager und darum, wie man Exzesse bei der Bezahlung der Chefs verhindern kann. Die SPD fordert, dass Vorstandsgehälter nur noch bis 500.000 Euro von der Steuer der Gesellschaft abgezogen werden können. Alles darüber hinaus würde voll auf den Gewinn durchschlagen. Zudem solle die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrates verbindlich ein maximales Verhältnis zwischen der Durchschnittslohnsumme und den Vorstandsgehältern beschließen. Heribert Hirte brachte für die CDU einen anderen Vorschlag ein, weil er die generelle Begrenzung von Vorstandsgehältern nach oben für einen verfassungswidrigen Systembruch hält. Erfordert, die Frage, ob Managergehälter von den Betriebsausgaben abgezogen werden können oder nicht daran festzumachen, ob sie auch ihrerseits in Deutschland versteuert werden. Das [„Handelsblatt“](#) berichtete exklusiv über das Positionspapier von Hirte, wichtige Punkte davon haben Eingang in die dazu verfasste Stellungnahme der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) gefunden, die in der jüngsten Ausgabe der [„Wirtschaftswoche“](#) nachzulesen ist.

Ebenfalls ums Geld geht es in einem Artikel der [„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“](#) vom 8. März – und zwar um die Nebenverdienste von Richtern, über deren Höhe ebenso fleißig diskutiert wird wie darüber, ob das Urteil der Richter dadurch beeinflusst werden könnte oder ob sie ihre Arbeit nicht mehr ausreichend erledigen können, weil sie zu viel Zeit auf andere Tätigkeiten verwenden. Heribert Hirte weist in dem Text darauf hin, dass die Höhe nicht unbedingt etwas über den Arbeitsaufwand aussagt. „Wie viel Geld ein Richter etwa durch eine Kommentierung einnimmt, hängt nämlich weniger daran, wie viel Arbeit er hineinsteckt, als daran, wie gut sich das Werk verkauft“, so Hirte. Wichtig aber sei bei der ganzen Thematik vor allem eines: mehr Transparenz.

Transparenz darüber, womit Politiker so ihre Zeit verbringen, bietet eine Umfrage des Magazins [„Perspective Daily“](#), an der sich auch Ihr Kölner Abgeordneter beteiligt hat. Dabei kam heraus: Der durchschnittliche Bundestagsabgeordnete wendet pro Arbeitstag mehr als eine Stunde für die Bürger in seinem Wahlkreis auf – in Sprechstunden, am Telefon, für das Beantworten von E-Mails oder auf Veranstaltungen im Wahlkreis. Das sind bei einem „normalen“ Arbeitstag von acht Stunden immerhin 12,5 %. Das Vorurteil, dass „die da oben“ keinen Kontakt mehr zu „denen da unten“ hätten, dürfte also damit entkräftet sein.



„In meiner Ehe beträgt die [#Frauenquote](#) 50%.“

So nimmt ein Twitter-Nutzer namens [Poldi van Oldi](#) die neu entfachte Diskussion über die Frauenquote aufs Korn, die vor allem in NRW durch ein Urteil des Oberwaltungsgerichts Münster wieder Fahrt aufgenommen hat. Das OVG kippte die Frauenquote in NRW-Behörden, weil es dem Grundsatz der Bestenauslese widerspreche, wenn nur das Geschlecht entscheide. Heribert Hirte glaubt: Die Frauenquote setzt ohnehin nicht den richtigen Hebel an. Vielmehr müsse man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und mehr Möglichkeiten für Eltern schaffen, auch in hohen Positionen Teilzeit zu arbeiten. Er ist überzeugt: Auch Eltern, die für ihre Kinder da sein wollen, können Führungsaufgaben bestens ausfüllen. Einen langen Text zu dem Thema finden Sie auf der [Homepage](#) des Politikers.



Ganz ohne Karneval geht es nicht – weder im Leben noch im Newsletter eines Kölner Abgeordneten. Und so blickt Heribert Hirte dankbar zurück auf die fröhlichen und sicheren tollen Tage dieses Jahres und dankt allen, die dazu beigetragen haben – natürlich auch Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

Montag, 13.3.

Vortrag als Stephanuskreis-Vorsitzender zum Thema „Christenverfolgung“ bei der Jungen Union Köln-Nippes.

Freitag 17.3.

Kegeln mit dem CDU-Ortsverband Zollstock

Samstag 18.3.

Diskussionsrunde zum Thema „Natürlich kann die CDU auch Großstadt!“. Kommen Sie vorbei! Weitere Informationen im „Seitenblick“.

In der nächsten Sitzungswoche ab dem **20. März** dann ein besonderer Termin: Der Empfang aus Anlass des Wechsels des Bundespräsidenten. Das erlebt man auch als Bundestagsabgeordneter nicht alle Tage.

Und noch ein Blick weit voraus: Am Samstag, den **29. April**, bieten die „Pressedamen“ von Heribert Hirte eine praktische Einführung in die Möglichkeiten der politischen Kommunikation via Facebook und Twitter. Wer daran Interesse hat, kann sich direkt unter heribert.hirte@bundestag.de anmelden. Eine Einladung mit Angaben zu Uhrzeit und Ort folgt dann.



Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830

Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762

Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2017 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de